Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (CR/AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Die EU sollte auf Diplomatie und Kooperation statt auf Konfrontation setzen
2. Ukraine-Krieg: In höchster Not ändert Selenskyj das Narrativ
3. US-Streumunition aus Deutschland geliefert?
4. Ukraine: SS-Division “Galizien” als Werbepartner der Armee-Mobilisierung
5. Die Regierung verkauft in Sachen Nordstream Bundestag und Öffentlichkeit für dumm
6. »Maden fielen auf OP-Tisch«
7. “Deutschland erleidet einen Reputationsverlust wie die USA im Irakkrieg”
8. Die USA, ein Imperium im Modus Autopilot
9. Gestorben auf der Intensivstation: Wie gefährlich sind maschinelle Beatmungen?
10. “Heftiger Druck” von oben
11. Bedürftige MilliardärInnen
12. Geht’s noch? Mit dem neuen Entlastungspaket sparen Reiche viermal mehr Steuern als Arme
13. Still ruht der Bau: Bundesregierung und Wohnungsnot
14. Die Deutschen treten bei E-Autos in den Käuferstreik
15. Wasser-Skandal: Nestlé betrügt offenbar schon seit Jahrzehnten

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Die EU sollte auf Diplomatie und Kooperation statt auf Konfrontation setzen**
   Wie die Verweigerung von Diplomatie Europa in eine Abwärtsspirale aus Militarismus, ökonomischem Niedergang und politischem Chaos treibt. (…)
   Es ist schon bemerkenswert, dass ausgerechnet die EU, die von einer möglichen Eskalation des Ukrainekrieges vollkommen verwüstet werden könnte, nicht nur nichts

tut, um diese Gefahr abzuwenden und das Töten zu beenden, sondern auch noch die diplomatischen Versuche eines Mitgliedsstaates untergräbt. (…)
Die Aufrüstung wird im Übrigen weiter zulasten des sozialen Zusammenhalts und der politischen Stabilität gehen. Statt in das kaputtgesparte Bildungs- und Gesundheitssystem angemessen zu investieren und den öffentlichen Verkehr zukunftstauglich zu machen, wird jedes Jahr mehr Geld in den destruktivsten und klimaschädlichsten aller Wirtschaftssektoren gepumpt: die Rüstung. Wenn aber das politische System den Bürgern keine Zukunftsperspektiven mehr bietet, sondern nur noch Sozialabbau und Kriegsrhetorik, wird das Vertrauen in die politischen Institutionen weiter erodieren und rechtsnationalen Kräften noch mehr Zulauf beschert.
Quelle: Fabian Scheidler in Berliner Zeitung

2. **Ukraine-Krieg: In höchster Not ändert Selenskyj das Narrativ**
Die "heiße Phase" des Krieges könne noch vor Jahresende vorbei sein, sagte Selenskyj. Es sei auch nicht mehr nötig, alle besetzten Gebiete militärisch zurückzuerobern. "Die Kraft der Diplomatie" könne helfen.
Dafür will Selenskyj noch vor der US-Präsidentschaftswahl einen neuen "Friedensgipfel" einberufen – und diesmal sogar Russland einladen. Offenbar zur Vorbereitung hat er seinen Außenminister Kuleba nach China geschickt.
Die Signale aus Peking seien positiv, so Selenskyj. So erkenne China die territoriale Integrität an. Allerdings gibt es bisher kein Anzeichen, dass China von Russland abrückt. Selenskyjs neues Narrativ ist wohl eher eine Nebelkerze.
Quelle: Lost in Europe

3. **US-Streumunition aus Deutschland geliefert?**
Im Juni, nahe Marjinka, rund zehn Kilometer vor den russischen Truppen. Ein Soldat der ukrainischen 33. Brigade führt in ein Versteck. Dort lagern Dutzende graue Artilleriegeschosse. Stolz erklärt der Soldat den Zeitzünder. Die Geschosse werden mit einer Haubitze hinter die feindlichen Linien gefeuert. Wenn sie in der Luft sind, öffnet sich die äußere Kapsel und setzt Dutzende kleine Bomblets frei, die sogenannte Submunition.
Diese streut über eine große Fläche von bis zu 1.000 Quadratmetern. "Der Feind hat große Angst vor der Streumunition", erklärt der Soldat Vasyl. "Die Russen kamen zu uns, in unser Haus, auf unsere Erde. Und beschießen uns mit allem, was geht", sagt der Soldat Mykhailo, der die Haubitze bedient, "Warum sollten wir nicht auch zurückschlagen dürfen?"
Was sie hier abfeuern, ist US-Streumunition. Die USA liefern Streumunition vom US-Typ "M864" und "M483A1" in die Ukraine. Geliefert haben sie die USA, doch nach Recherchen des ARD-Magazins Panorama und STRG_F kommen diese möglicherweise

aus US-Depots in Deutschland und wurden über deutsche Autobahnen transportiert.
Quelle: tagesschau

Anmerkung unserer Leserin U.P.: *Auch dieser Beitrag verdeutlicht, wie sehr sich die deutsche Politik zum US-Vasallen degradiert.*

4. **Ukraine: SS-Division "Galizien" als Werbepartner der Armee-Mobilisierung**
   Auf großen Plakatwänden in Lwiw (Lemberg) wird mit einem Bild der SS-Division "Galizien" für den Eintritt in die ukrainische Armee geworben. Der dazu verkündete Slogan: "Gestern sie, heute Du".
   Das Bild stammt aus dem Mai 1943 und zeigt ursprünglich den SS-Führer Heinrich Himmler, der auf dem Truppenübungsplatz Neuhammer in Niederschlesien eine ukrainische Einheit inspiziert. Himmler selbst wird auf dem Plakat-Bild durch das Wappen der Division und die Aufschrift "80 Jahre Schlacht bei Brody" verdeckt. Bei der Stadt Brody nordöstlich von Lwiw fand im Juli 1944 eine Kesselschlacht statt, bei der tausende Angehörige der, so die offizielle Bezeichnung, "14. SS-Waffen-Grenadier-Division, galizische Nr. 1`", den Tod fanden. Der Roten Armee unter Marschall Konew öffnete die Schlacht den Weg nach Lemberg und in das polnische Kernland.
   Quelle: Overton Magazin
5. **Die Regierung verkauft in Sachen Nordstream Bundestag und Öffentlichkeit für dumm**
   In ihrer Antwort auf einen Fragenkatalog der AfD zu den sogenannten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zu den Tätern, die für den größten Terroranschlag auf die deutsche Infrastruktur verantwortlich sind, gibt die Bundesregierung vor, auch nach 22 Monaten „Ermittlungen" noch so gut wie nichts darüber zu wissen, nicht einmal, was man „aus deutschen Ermittlerkreisen" in jeder Zeitung lesen konnte. Sie macht deutlich, dass sie auch nichts wissen will und über das, was sie weiß, nichts verraten wird.
   Der offenkundige Unwille der Bundesregierung die Täter zu ermitteln, die die Nordstream-Gasleitungen im September 2022 durch Sprengung zerstört haben, und irgend etwas über den Kenntnisstand zu verraten – außer durch anonyme Hinweise über angebliche Erkenntnisse an unkritische Medien – lässt eigentlich nur einen Schluss zu: es war jemand, von dem die Öffentlichkeit nicht erfahren soll, dass er es war. Hauptkandidat ist die US-Regierung. Ebenfalls in Frage kommt die ukrainische Regierung, was ebenso peinlich wäre, da wir in diesem Fall ein Terrorregime, das unsere Infrastruktur zerstört, mit Milliardenzahlungen unterstützen würden.
   Quelle: Norbert Häring

Anmerkung Christian Reimann: *Die NachDenkSeiten haben den größten Angriff*

auf deutsche Infrastruktur mehrfach thematisiert. Er ist zuvor auf einer Pressekonferenz angekündigt worden und der Bundeskanzler war währenddessen schweigend anwesend. Bitte lesen Sie dazu u.a.:

a. *Wer verübte Nord-Stream-Anschlag? Bundesregierung mauert noch immer und verweist auf „Geheimhaltungsinteresse“*
b. *Der Scoop des Jahres: Reporter-Legende Seymour Hersh macht die USA und Norwegen für die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines verantwortlich*
c. *BPK: Laut CIA-Quellen war Kanzler Scholz über Pläne zur Zerstörung von Nord Stream eingeweiht*

6. **»Maden fielen auf OP-Tisch«**
Gazakrieg: US-Ärzte im Freiwilligeneinsatz. Über Kinder mit Kopfschusswunden und Pflegekräfte, die durch israelische Soldaten gefoltert wurden
Die Ärzte haben dem kleinen Mädchen in Gaza »vier Pfund totes Fleisch weggeschnitten«. Die 9jährige Juri hatte nach einem Bombenangriff des israelischen Militärs auf ihr Wohnhaus ein zerfetztes Bein und »nekrotische Haut im Gesicht und an den Armen«, die von einer Explosion herrührten. Das Fleisch an ihrem Gesäß war so tief eingeschnitten, »dass die untersten Knochen ihres Beckens frei lagen«. Auch fehlten zwei Zentimeter ihres Oberschenkelknochens. »Als wir mit unseren Händen durch diese Topographie der Grausamkeit fuhren, fielen Maden in Klumpen auf den OP-Tisch.« Dies berichten die zwei Chirurgen Feroze Sidhwa und Mark Perlmutter aus den USA in einer am Freitag veröffentlichten Reportage im US-Magazin Politico.
Als Teil einer humanitären Mission arbeiteten die beiden Chirurgen ab Ende März zwei Wochen lang als Freiwillige im Europäischen Krankenhaus im Südosten der Stadt Khan Junis. In dem Krankenhaus, das für 220 Patienten ausgelegt ist, befanden sich 1.500 Menschen in stationärer Behandlung, berichten die zwei Ärzte. Zusätzlich hielten mehr als 15.000 vertriebene Personen auf dem Krankenhausgelände auf. Auf der Suche nach Schutz.
Quelle: Jakob Reimann in junge Welt
7. **“Deutschland erleidet einen Reputationsverlust wie die USA im Irakkrieg”**
Medienwissenschaftler Kai Hafez über die deutsche Berichterstattung zum Nahost-Krieg, tradierte Narrative und den Zusammenhang mit antiislamischen Ressentiments in der Gesellschaft im Gespräch mit Qantara.de
Herr Hafez, wenn Sie die Berichterstattung über das Massaker der Hamas und Israels Krieg in Gaza hierzulande mit internationalen Medienberichten vergleichen, sehen Sie da Unterschiede?
Kai Hafez: Jedes Land hat seine eigene Charakteristik, seine eigene Diskurskultur, aber generell ist mein Eindruck, dass in den Ländern des globalen Südens – und das

betrifft nicht nur die arabischen Länder, sondern auch Lateinamerika und Afrika – eine wesentlich stärkere Berücksichtigung palästinensischer Anliegen im Gesamtkonflikt sichtbar wird.
Palästinensische Ziele wie die angestrebte Zwei-Staaten-Lösung und der gesamte Komplex des israelischen Kolonialismus werden stärker fokussiert. Außerdem wird das Thema Antisemitismus weltweit nicht so hoch gehandelt wie in Deutschland.
Wir neigen dazu, diesen Konflikt sehr stark aus der Perspektive unserer eigenen Vergangenheit zu sehen und quasi reflexhaft in jeder propalästinensischen Haltung Antisemitismus zu vermuten. Manchmal ist das berechtigt, häufig ist es aber auch überzogen, und die Definition von Antisemitismus unklar. Es geht bei der palästinensischen Agenda um territoriale Ansprüche, rassistischer Hass ist da eher von untergeordneter Bedeutung.
Quelle: Quantara.de

8. **Die USA, ein Imperium im Modus Autopilot**
   Wenn die vergangenen Wochen politischer Unruhen und Tumulte in Amerika der Welt etwas zu sagen haben, dann dies, dass die Vereinigten Staaten vor unseren Augen die Kontrolle über sich selbst verloren haben. Ich würde unseren Moment mit früheren Ausbrüchen unlogischer Exzesse vergleichen, wie man sie in der amerikanischen Geschichte findet – die Hinrichtungen in Boston in den späten 1650er Jahren, die Hexenprozesse in Salem einige Jahrzehnte später, das Große Erwachen in den 1730er Jahren, die antipäpstliche Hysterie im 19. Jahrhundert, die Roten Schrecken des 20. Jahrhunderts – aber was diese Nation jetzt überkommt, ist grundlegend und beängstigend anders. Wir beobachten jetzt, was wir die Irrationalität der Hyperrationalität nennen können – die teuflischen Folgen technokratischer Macht, wenn sie ohne wirksame Zügelung ausgeübt wird.
   Quelle: Patrick Lawrence in Globalbridge

   dazu auch: **Autoritäre Phalanx: Trump, Vance und die Tech-Elite um Paypal-Milliardär Thiel**
   Silicon-Valley-Magnaten haben sich hinter Trumps Revolutionsprojekt gestellt. Sie haben ein gemeinsames Ziel. Und eine Strategie, um an die Macht zu kommen.
   Als der republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump J.D. Vance am 16. Juli als seinen Vize ernannte, war das mehr als eine Personalie für ein eher symbolisches Amt. Es ist Ausdruck eines politischen Projekts der Make-America-Great-Again-Republikaner unter Trump, das darauf abzielt, die USA in einen autoritären Oligarchenstaat zu verwandeln.
   Quelle: Telepolis

9. **Gestorben auf der Intensivstation: Wie gefährlich sind maschinelle Beatmungen?**
   Die vorangehende Eskalation der Behandlung folgt gerade auf den Intensivstationen nicht selten einem Automatismus, dem schwer Einhalt zu gebieten ist. Hat man sich einmal zur Verlegung auf eine Intensivstation entschlossen, so wird der Wunsch des Patienten und auch der Angehörigen in vielen Fällen vorweggenommen, dass alles getan werden soll. Hierzu gehören im intensivmedizinischen Repertoire vor allem die Intubation mit maschineller Beatmung. […]
   Die Gesamtsterblichkeit aller Menschen unter Beatmung (vorwiegend invasiv mit Tubus und seltener nichtinvasiv mit Maske) betrug im Mittel 43 %, unter alleiniger invasiver Beatmung 53 %. Die Sterblichkeit steigt deutlich an mit dem Alter der Patienten, gipfelnd in einer Sterblichkeit von 59 % im Alter über 80 Jahre. Die geringste Sterblichkeit findet sich erwartungsgemäß in der Altersgruppe von 18-59 Jahren mit immerhin noch 28 %. Die Menschen über 80 Jahre wurden mit einer Rate von über 1000 pro 100.000 Einwohner mit Abstand am häufigsten beatmet. Anders formuliert, wurde die Gruppe mit den schlechtesten Aussichten auf Überleben am häufigsten beatmet. Berücksichtigt man die Sterbezahlen des Statistischen Bundesamtes, so findet man unter den jährlichen Toten jeden Zehnten an der Beatmungsmaschine. Kommt es zum Einsatz der Ecmo, steigt die Sterblichkeit je nach Verfahren auf 74 bis 80 %.
   Quelle: Thomas Voshaar und Gerd Antes in der Berliner Zeitung

   Anmerkung Lutz Hausstein: *Der Lebensgefährte meiner Mutter ist im November 2021 gestorben. Nach einem wenige Monate zuvor erlittenen Schlaganfall wurde er mit einer Lungenentzündung und Nierenversagen ins Krankenhaus eingeliefert. Beim damals üblichen Coronatest wurde eine Infektion festgestellt. Er wurde anschließend künstlich beatmet. Nach nur wenigen Tagen hat er sich die Schläuche rausgerissen und dabei die Lunge irreparabel verletzt. Über das Motiv dafür möchte ich nicht spekulieren. Auf seinem Totenschein stand laut Aussage seines Sohnes als Todesursache Corona. Für mich war dies schon damals nach Kenntnis der Umstände äußerst unwahrscheinlich. Ich zog vielmehr seine vielfachen Erkrankungen oder aber – für mich am wahrscheinlichsten – seine Lungenverletzung als Ursache in Betracht. Nichtsdestotrotz ging er in die Statistik als Corona-Toter ein.*

10. **“Heftiger Druck” von oben**
    Wie viel Einfluss hatte die Politik auf die Coronaempfehlungen des Robert Koch-Instituts? Was die ungeschwärzten Protokolle zeigen – und was nicht, verrät ein Insider. (…)

Ja, es gab diese Versuche der Einflussnahme aus dem Bundesgesundheitsministerium, sagt jemand, der es wissen muss, der damals dabei war im Krisenstab des RKI, im Gespräch mit ZEIT ONLINE. Vor allem auf der sogenannten Arbeitsebene, also den Mitarbeitern unterhalb der Institutsleitung. Die jetzt veröffentlichten Protokolle seien nur ein kleiner Ausschnitt, sie seien angelegt worden, um hinterher selbst evaluieren zu können, was man gut gemacht habe und was zukünftig besser gemacht werden könne – für das, was man lessons learned nennt. Was sich dort kaum findet, sei der Druck, der auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgeübt wurde, der teilweise "heftig" gewesen sei, sagt der RKI-Insider. Die RKI-Leute hätten sich manchmal nur wehren können, indem sie die Ministeriumsmitarbeiter aufgefordert hätten, aus den mündlichen Aufforderungen schriftliche Weisungen anzufertigen. Davor aber schreckten die Ministerialen fast immer zurück, denn "aktenkundig wollte das im BMG niemand haben". So konnten fachliche Begründungen Bestand haben.
Es ist nur eine Vermutung, aber vielleicht sahen sich die Politikerinnen und Beamten des Ministeriums dadurch legitimiert, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des RKI übergeordneten Personen im Ministerium weisungsgebunden sind. Vor allem dem obersten Ministeriumsmitarbeiter, dem Bundesgesundheitsminister.
Quelle: Zeit Online

11. **Bedürftige MilliardärInnen**
Besitzen Unternehmens-ErbInnen mehr als 26 Millionen Euro, müssen sie eigentlich Steuern zahlen. Ein Schlupfloch erlaubt ihnen, das zu umgehen.
Quelle: taz

dazu: **Erneut Steuererlasse in Milliardenhöhe für Erben von Großvermögen**
Die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik für das Jahr 2023 ist erschienen und suggeriert steigende Steuereinnahmen. Insbesondere für Großvermögen ist die Statistik aber irreführend, weil ein Großteil der festgesetzten Steuern im Nachgang wieder erlassen wurde. Allein im letzten Jahr verzichtete der Staat auf 2,1 Milliarden Euro und die Milliardenerben zahlten weniger als ein Prozent Steuern. Abermals wird deutlich: Die Erbschaftsteuer ist aufgrund der weitreichenden Privilegien für superreiche Unternehmenserben weder effektiv noch gerecht.
Quelle: Netzwerk Steuergerechtigkeit

dazu auch: **Sondersteuern für Superreiche? Deutschland und die USA blockieren**
Bei einem Treffen der Finanzminister der führenden Industrieländer wollte Brasilien dafür sorgen, dass Milliardäre stärker besteuert werden. Aber die gemeinsame Erklärung der G20-Staaten ist zahnlos.

Quelle: DER SPIEGEL

12. **Geht's noch? Mit dem neuen Entlastungspaket sparen Reiche viermal mehr Steuern als Arme**
Die Regierung passt die Einkommensteuer an die Inflation an. Unser Kolumnist Maurice Höfgen erklärt, warum Geringverdiener und arme Kinder die Verlierer sind. (…)
Kindergeld und Kinderzuschlag werden zum 1. Januar 2025 jeweils pauschal um fünf Euro angehoben. Das macht ein Plus von zwei Prozent beim Kindergeld und von 1,7 Prozent beim Kinderzuschlag. Allerdings liegt die letzte Anhebung dann schon zwei Jahre zurück, die war nämlich am 1. Januar 2023. Seitdem sind die Verbraucherpreise um 4,3 Prozent gestiegen und werden bis zum Jahreswechsel noch ein bisschen weiter steigen. Während der Kinderfreibetrag einen Inflationsausgleich bekommt, wird die Kaufkraft von Kindergeld und Kinderzuschlag entwertet.
Bitter: Das trifft nur kleinere Einkommen, für die das Kindergeld günstiger ist als die Steuerersparnis durch den Kinderfreibetrag – oder die einen Anspruch auf den Kinderzuschlag haben. Also: Inflationsausgleich nur für Kinder, deren Eltern viel verdienen. (…)
Echte Entlastung? Von wegen. Das geht besser!
Das Muster zieht sich bei allen möglichen Rechenkombinationen durch: je mehr Einkommen, desto größer die Entlastung. Wobei der Begriff Entlastung eigentlich falsch ist. Eine echte Entlastung ist das gar nicht, vielmehr wird nur eine heimliche Belastung durch die sogenannte kalte Progression verhindert.
Quelle: Maurice Höfgen in Berliner Zeitung
13. **Still ruht der Bau: Bundesregierung und Wohnungsnot**
Die Ankündigungen der »Ampel« lauteten: »Neue Wohngemeinnützigkeit«, »Wende auf dem Wohnungsmarkt«, 400.000 neue Wohnungen jährlich und »Aufbruch in der Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik«. Das Resultat ist lächerlich bis katastrophal. Die Schlangen Wohnungssuchender in Großstädten sind bei Besichtigungsterminen länger als die vor angesagten Partyhöhlen. Die Zahl der durch Kommunen untergebrachten Wohnungslosen erreicht mit 440.000 Menschen einen neuen Rekord. Wer eine große Wohnung gegen eine kleinere tauschen möchte, findet kein bezahlbares Angebot. Die Zahl der Baugenehmigungen geht von Jahr zu Jahr zurück, entsprechend weniger wird gebaut. Wer Kriegstüchigkeit zur ersten Priorität macht, kann nicht die von Verbänden geforderten 50 Milliarden Euro in die Hand nehmen, um dem Marktversagen zu begegnen. Das Ergebnis: Still ruht der Bau.
Quelle: Arnold Schölzel in junge Welt
14. **Die Deutschen treten bei E-Autos in den Käuferstreik**

Viele Autofahrer in Deutschland meiden das Elektroauto. Das zeigt eine aktuelle Umfrage unter Autohäusern. Demnach haben Privatkunden seit Jahresbeginn 47 Prozent weniger E-Autos bestellt als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.
Die Bestellungen für Plug-in-Hybride (mit Verbrennungs- und Elektromotor) gingen um 37 Prozent zurück. Dafür stieg die Nachfrage nach Dieselfahrzeugen und Benzinern um 24 Prozent. An der Umfrage des Zentralverbands Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK) beteiligten sich 348 Autohäuser, die Ergebnisse liegen WELT AM SONNTAG exklusiv vor.
Die Händler erwarten auch für das zweite Halbjahr keine Verbesserung der Lage. Der wesentliche Grund für den Nachfrage-Einbruch ist aus Sicht der Autoverkäufer der hohe Preis der E-Autos im Vergleich zu Verbrennern. Das zeigt sich auch im Bereich Flotten- und Dienstfahrzeuge, in dem emotionale Faktoren beim Kauf eine untergeordnete Rolle spielen.
Quelle: Welt Online

dazu auch: **Versicherungsverband zu E-Autos: Reparaturkosten sind zu hoch**
Der Versicherungsverband GDV kritisiert hohe Reparaturkosten bei E-Autos. Die Schäden seien im Schnitt um bis zu 25 Prozent höher als bei vergleichbaren Verbrennern. Das könnte negative Folgen für die Mobilitätswende haben.
Die KFZ-Versicherer könnten 2024 das zweite Jahr in Folge Milliardenverluste wegen steigender Reparaturkosten machen. Dazu tragen neuerdings auch die Elektroautos bei. Eine Rolle spielen die seit Jahren steigenden Ersatzteilpreise und höhere Löhne. So stellen KFZ-Werkstätten inzwischen für eine Stunde 173 Euro in Rechnung.
Schäden an Elektrofahrzeugen sind dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) zufolge zwar um ein Fünftel seltener, aber dafür um ein Viertel teurer als bei herkömmlichen Autos.
Quelle: BR24

15. **Wasser-Skandal: Nestlé betrügt offenbar schon seit Jahrzehnten**
Der Mineralwasser-Skandal bei Nestlé weitet sich aus: Bereits zu Beginn des Jahres berichtet die französische Zeitung Le Monde, dass Nestlé das für sein Mineralwasser verwendete Quellwasser auf nicht legale Weise desinfiziert haben soll. Daraufhin hatte foodwatch Klage gegen das Schweizer Unternehmen eingereicht.
Die Rechercheplattform Mediapart hat nun enthüllt: Nestlé hat offenbar bereits seit den 1990er Jahren verunreinigtes Wasser mit illegalen Methoden gefiltert und als „natürliches Mineralwasser“ verkauft – ohne die Verbraucher:innen zu informieren. Allein in den vergangenen 15 Jahren soll sich der Betrug auf drei Milliarden Euro belaufen. foodwatch forderte die Behörden auf, endlich rechtliche Konsequenzen aus

dem Fall zu ziehen.
Quelle: foodwatch